

GEORG CREMER

# Arbeitslos, aber nicht abgeschrieben

*Die Krise auf dem Arbeitsmarkt ist seit Jahren ein Faktum. Das Schicksal von Arbeitslosigkeit darf aber nicht ein unlösbares Problem von einzelnen Betroffenen sein. Die Caritas beteiligt sich mit dem Jahresthema „Arbeitslos: Chancen statt Vorurteile“ aktiv an der öffentlichen Debatte um eine Verbesserung der Perspektiven für arbeitslose Menschen und eröffnet konkrete Auswege.*

**A**rbeitslos 2005: Chancen statt Vorurteile“. Unter dieses Motto hat die Caritas das Jahresthema 2005 gestellt. Wir wollen dazu beitragen, Vorurteile gegen arbeitslose Menschen abzubauen, und uns kompetent an der Debatte beteiligen, wie die Krise auf dem Arbeitsmarkt sicherlich nicht gelöst – diesen Anspruch kann zurzeit niemand erheben –, aber deutlich entspannt werden kann.

Die verbandliche Caritas hat dabei mehrere Rollen: Wir wirken mit bei der Interessenvertretung arbeitsloser Menschen. Wir sind – insbesondere durch die Dienste, die sich in der Bundesarbeitsgemeinschaft „Integration durch Arbeit“ zusammengeschlossen haben – ein wichtiger Akteur bei der Bereitstellung von Hilfen für arbeitslose Menschen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen. Die Gliederungen und die vielen Träger der Dienste und Einrichtungen der Caritas tragen Verantwortung als Arbeitgeber für insgesamt 490.000 berufliche Mitarbeiter(innen). Und: Als Mitgestalter des Sozialstaats müssen wir bei allen unseren sozialpolitischen Positionen und Forderungen mögliche Rückwirkungen sozialstaatlicher Regelungen

auf den Arbeitsmarkt mitbedenken. Arbeitslosigkeit ist ein drückendes gesellschaftliches Problem mit vielen schweren Schicksalen. Und sie gefährdet die finanziellen Grundlagen der sozialen



Sicherung, für deren Erhalt die verbandliche Caritas eintritt. Natürlich wäre der demographische Wandel leichter zu verkraften, wenn unsere Beschäftigungssituation besser wäre.

Die Arbeitslosigkeit ist seit den 70er-Jahren kontinuierlich gestiegen. Zu wenig in der öffentlichen Debatte beachtet wird aber, dass das Risiko, arbeitslos zu werden, auf den jeweiligen Qualifikationsstufen sehr unterschiedlich ist. Bei Personen mit Hochschulabschluss ist die Arbeitslosenquote heute kaum höher als Mitte der 70er-Jahre. Bei Personen mit einer beruflichen Ausbildung ist sie in 30 Jahren auf etwa

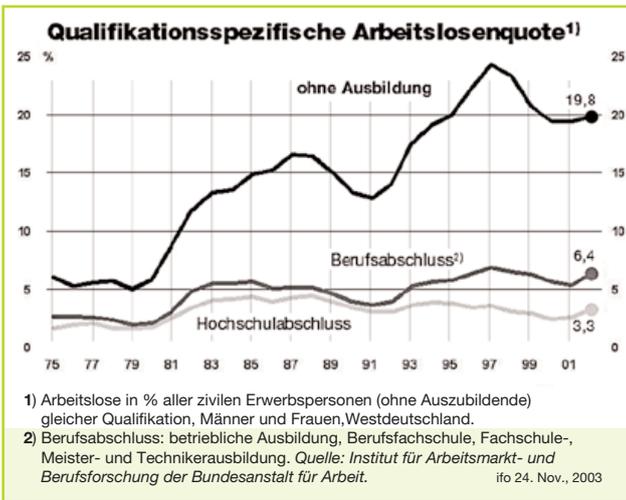
das Doppelte gestiegen. Aber das wirklich brennende Problem ist der kontinuierliche Anstieg der Arbeitslosigkeit bei Personen ohne Berufsausbildung. Hier ist der Wachstumstrend ungebrochen.

## **Risikogruppe I: gering Qualifizierte**

Der kontinuierliche Anstieg über die Konjunkturzyklen zeigt, dass die Arbeitslosigkeit der gering Qualifizierten nicht vorrangig ein konjunkturelles Problem ist. Das heißt, auch bei einer Belebung des Wirtschaftswachstums wird die Arbeitslosigkeit bei dieser Gruppe nicht deutlich sinken. Mit der technischen Entwicklung sind viele gering qualifizierte Tätigkeiten in der Produktion entfallen. Aber auch die Lohnstruktur ist einer der Gründe für die schwierige Arbeitsmarktsituation bei gering Qualifizierten. Es galt lange Zeit als sozial, untere Lohngruppen überproportional anzuheben. Das war gut gemeint, aber die Arbeitgeber haben in einem kontinuierlichen Prozess Stellen für gering Qualifizierte abgebaut. Verschärft wird dieses Problem durch Mängel im deutschen Bildungssystem. Wie die PISA-Studie gezeigt hat, hat Deutschland ein

verfestigtes Problem bei der Förderung leistungsschwächerer Schüler. Dies hat unmittelbare Konsequenzen für den Arbeitsmarkt: viele Jugendliche ohne Schulabschluss und infolgedessen auch ohne berufliche Ausbildung mit dementsprechend hohem Risiko zur Arbeitslosigkeit. Es gibt aber hier keinen Grund zu resignieren. Eine Reihe anderer Länder schafft es aber durchaus, gering qualifizierte Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Warum sollte dies nicht auch bei uns möglich sein? Zudem ist geringe Qualifikation kein unüberwindliches Schicksal.

Zu den notwendigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gehört auch, die Lethargie zu überwinden gegenüber dem Faktum, dass etwa zehn Prozent jedes Jahrgangs keinen Hochschulabschluss schaffen. Jugendsozialarbeit in sozialen Brennpunkten wäre vielleicht doch die humanere und auch

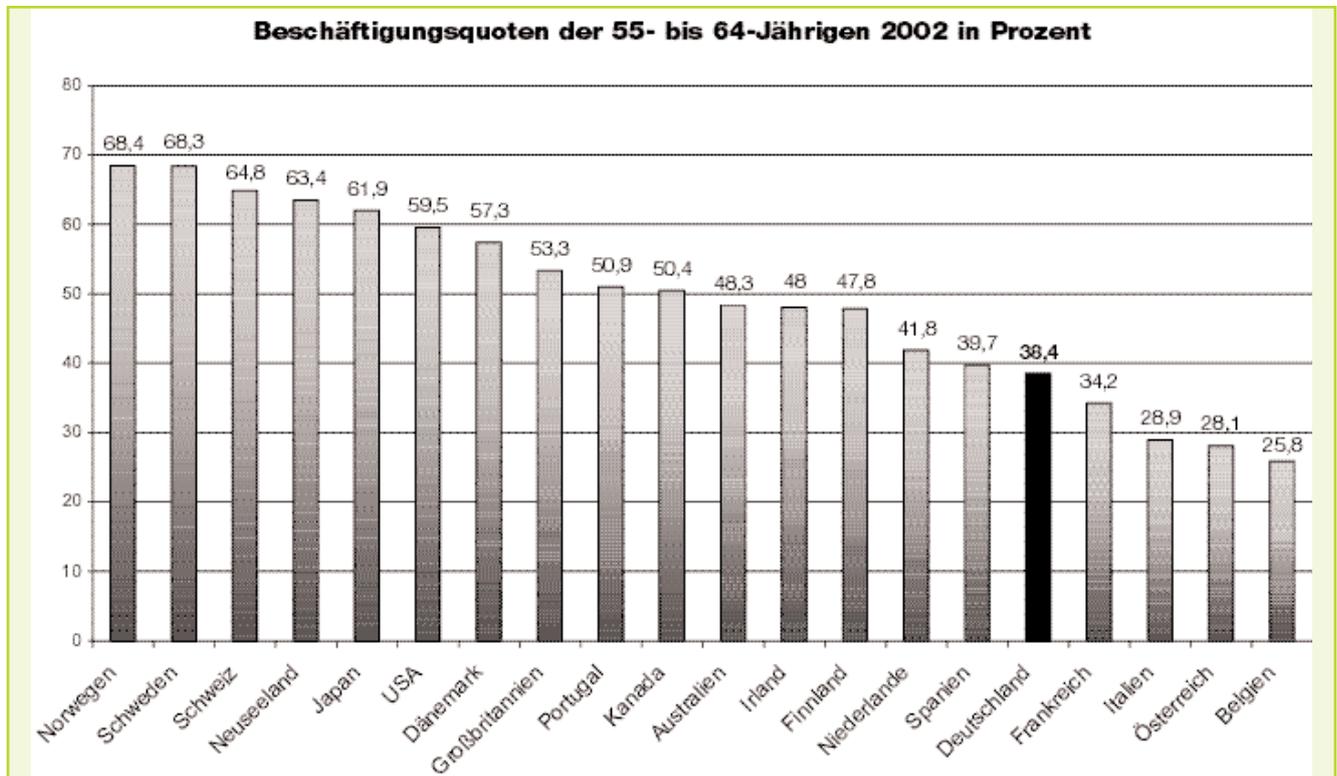


kostengünstigere Alternative gegenüber der lang anhaltenden Arbeitslosigkeit derer, die hier zu scheitern drohen. Hier zu handeln ist ein Gebot der Befähigungsgerechtigkeit.

#### Risikogruppe II: ältere Arbeitnehmer

Es gibt eine weitere Besonderheit des deutschen Arbeitsmarktes, die uns ebenfalls herausfordert. Es ist die starke Diskriminierung älterer Arbeitneh-

mer. Nur noch 38 Prozent der Bevölkerung zwischen dem 55. und 64. Lebensjahr arbeiten. Eine Reihe anderer westeuropäischer Länder haben hier Werte um 50 Prozent oder gar über 60 Prozent. Die Situation bei uns ist Folge der Tatsache, dass wir zu lange versucht haben, unsere beschäftigungspolitischen Probleme dadurch zu lösen, ältere Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt in die Frühverrentung zu drücken. Vorruhestandsregelungen und Altersteilzeit haben es den Unternehmen leicht gemacht, Personalabbau auf Kosten der Sicherungssysteme zu betreiben. Die Diskriminierung älterer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt muss uns auch gerade in den Zeiten von Hartz IV beunruhigen. Wer nach 20 oder 30 Jahren arbeitslos wird, etwa weil sein Arbeitgeber insolvent wird, landet nach einem Jahr Arbeitslosengeld I und einer Übergangszeit von weiteren zwei Jahren auf dem Niveau der bisherigen Sozialhilfe. Falls er Ver-



mögen oberhalb der Freigrenzen hat, erhält er erstmal kein Arbeitslosengeld II. Er ist also dringend auf einen flexibleren Arbeitsmarkt angewiesen, der auch älteren Arbeitnehmern eine Chance bietet. Wir haben aber im Vergleich mit den anderen westeuropäischen Industrieländern die höchste Arbeitslosigkeit bei den älteren Erwerbspersonen, obwohl viele durch Frühverrentung aus der Arbeitslosenstatistik ausgeschieden sind. Ein Grund für die Diskriminierung sind auch Regelungen, von denen man einmal meinte, sie nützten älteren Arbeitnehmern, so eine mit dem Alter automatisch ansteigende Vergütung. Auch die Caritas muss sich selbstkritisch fragen, ob in den heutigen Zeiten der Deckelung der Budgets vieler Dienste und Einrichtungen die Automatik der Lebensalterstufen nicht letztlich dazu führt, dass bei der Einstellung jüngere Bewerber einem älteren Bewerber vorgezogen werden. Ein(e) gute(r) Caritas-Geschäftsführer(in) wird dies mit schlechtem Gewissen tun. Aber wenn er um das Überleben seiner Einrichtung kämpfen muss, werden ihm die Gehaltsdifferenzen durch den Kopf gehen.

**Arbeit anstelle von Abhängigkeit**

Insbesondere steigende Arbeitslosigkeit und Frühverrentung sind ursächlich für den wachsenden Anteil der Transferempfänger, also derjenigen, die von Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe, Erwerbsunfähigkeitsrenten, Erziehungsgeld oder vorgezogenen Altersrenten leben, an der arbeitsfähigen Bevölkerung. 1980 betrug dieser Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung 15 Prozent, 1990 18 Prozent, 1999 bereits 22,4 Prozent. Das heißt: Jeder Fünfte bis jeder Vierte der erwerbsfähigen Bevölkerung lebt von Transfereinkommen des Sozialsystems. Die Caritas kämpft zu Recht für den Erhalt dieser Transfersysteme. Sie muss aber ein Interesse haben, dass der Trend zu wachsender Abhängigkeit von Transfers umgekehrt wird und dass ein größerer Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung ih-

ren Lebensunterhalt wieder durch eigene Arbeit sichern kann, damit die sozialen Sicherungssysteme für diejenigen erhalten werden können, die hierzu nicht in der Lage sind.

Ein wesentlicher Antrieb für die Sozialreformen der Regierung ist die Bemühung, die Belastung der Arbeitseinkommen durch Lohnnebenkosten zu reduzieren. Diese sind in den letzten Dekaden stark angestiegen. Allerdings: Die Kosten des Gesundheitssystems, die Altersvorsorge und Kosten der Pflege müssen finanziert werden. Der Vergleich wiederum mit anderen Ländern

**Professor Dr. Georg Cremer**

**Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg**

E-Mail: [georg.cremer@caritas.de](mailto:georg.cremer@caritas.de)



zeigt, dass wir hierfür – gemessen an unserer Wirtschaftskraft – nicht mehr ausgeben als andere westeuropäische Länder. Aber: Wir binden die Kosten der sozialen Sicherung stärker als andere Länder an die Arbeitskosten. Bei der Diskussion um die Begrenzung der Lohnnebenkosten sollte es weniger um Absenkung von Standards in den Kernbereichen der Sicherung – also Gesundheit, Rente, Pflege – gehen, sondern wie soziale Sicherung „beschäftigungsfreundlicher“ als bisher finanziert werden kann.

**Lohnenswert: Blick ins Ausland**

Nun wird häufig die These vertreten, die Entwicklung einer wachsenden Arbeitslosigkeit sei angesichts der rasanten technischen Entwicklung und der Einbindung in die Weltwirtschaft zwangsläufig. Auch hier lohnt ein Blick über unsere Grenzen. Er zeigt, dass andere Länder unter den gleichen weltwirtschaftlichen und technologischen Rahmenbedingungen deutlich besser mit dem Problem der Arbeitslosigkeit umgehen konnten als wir und den Trend wachsender Arbeitslosigkeit im

Gegensatz zu uns umkehren konnten. In Deutschland produzieren wir – auch wenn wir nur Westdeutschland betrachten – weniger Güter und Dienstleistungen pro Kopf als beispielsweise Irland oder Österreich. Das ist keineswegs zwangsläufig. Wer nachhaltige Systeme sozialer Sicherung will, muss ein vehementes Interesse haben, dass diese wirtschaftliche Stagnation überwunden wird.

Die vermeintliche Zwecklosigkeit arbeitsmarktpolitischer Reformen wird häufig begründet mit dem Missverhältnis zwischen der Zahl der Arbeitslosen und der offenen Stellen. Aber auch hier sieht die Lage weniger düster aus, wenn man berücksichtigt, dass es etwa drei Mal so viel offene Stellen gibt wie die dem Arbeitsamt gemeldeten. Viel wichtiger ist aber: Unter anderen Rahmenbedingungen können auch mehr Jobs entstehen, insbesondere im Niedriglohnssektor und in einem Dienstleistungssektor, der in Deutschland noch unterentwickelt ist.

Die Hartz-Reformen waren ein Versuch, nicht zu resignieren. Sie setzen auf bessere Vermittlung und institutionelle Reformen der Arbeitsverwaltung. Bessere Vermittlung ist notwendig – und, wie die Erfahrungen in anderen europäischen Ländern zeigen, durchaus wirkungsvoll. Es war längst überfällig, mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsverwaltung unmittelbar in der Vermittlung und der Beratung von Arbeitslosen einzusetzen. Bessere Vermittlung allein reicht aber nicht aus.

**Sinnvolle Zusammenlegung der Transfersysteme**

Im Zentrum der Auseinandersetzung steht Hartz IV. Hier ist eine differenzierte Bewertung notwendig. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe war und ist grundsätzlich richtig. Das haben wir als Caritas bereits 1992 in unserer Armutsuntersuchung gefordert. Es macht keinen Sinn, für denselben Personenkreis der arbeitsfähigen Bedürftigen zwei steuerfi-

nanzierte Transfersysteme vorzuhalten. Es gab bekanntermaßen erhebliche Verschiebehahnhöfe. Kommunen haben Beschäftigungsprojekte für Sozialhilfeempfänger vorrangig nicht mit dem Ziel durchgeführt, diese dauerhaft in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, sondern die finanziellen Lasten über kurzfristige ABM-Einsätze den Arbeitsämtern zuzuschieben. Diese hatten ein zu geringes Interesse an der Vermittlung von Sozialhilfeempfängern, weil die Kosten nicht sie belasteten. Zudem hatte das alte System erhebliche Ungereimtheiten. Ein Arbeitsloser, der eine schlechter bezahlte Stelle oder eine Teilzeitstelle annahm, stellte sich, wenn er nach drei Jahren erneut arbeitslos wurde, deutlich schlechter. Denn seine Transferbezüge wurden nun nach dem niedrigeren Gehalt berechnet. Möglicherweise wurde er dadurch von ergänzender Sozialhilfe abhängig mit den sehr engen Vermögens-

freigrenzen der bisherigen Sozialhilfe. Es ist aber widersinnig, wenn jemand, der bereit ist, auch eine geringer bezahlte Stelle anzunehmen, also das Sicherungssystem entlastet, in seiner weiteren sozialen Absicherung schlechter gestellt wird.

Zu begrüßen ist, dass nun mit Hartz IV die Arbeitsgemeinschaften verpflichtet wurden, wenigstens jungen Erwerbslosen ein Angebot zu machen, sei es eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit zu vermitteln, statt sie ohne solche Bemühungen mit einem Transferbezug ruhig zu stellen. Auch muss festgehalten werden, dass sich Sozialhilfeempfänger aufgrund der deutlich höheren Vermögensfreistellungen und der intensiveren Vermittlung grundsätzlich besser stellen als bisher. Aber auch die Mängel von Hartz IV sind deutlich zu sehen, so beispielsweise die unzureichenden Vermögensfreistellungen.<sup>1</sup> Besondere Be-

rücksichtigung verdient die Arbeitsmarktsituation in den ostdeutschen Bundesländern. Die dramatischen Daten sind bekannt. Die Wirtschaft der ehemaligen DDR hatte mit der über Nacht erfolgenden Integration in eine leistungsfähige Volkswirtschaft und der massiven faktischen Aufwertung ihrer Währung weit stärkere Schocks zu verkraften als jede osteuropäische Wirtschaft. Die Versprechungen einer raschen Angleichung der wirtschaftlichen Situation waren unrealistisch, teilweise auch unredlich. Andererseits gibt es außerhalb der Baubranche Sektoren, die Anlass zur Hoffnung geben. Die weitere Entwicklung braucht Zeit. Notwendig ist, die Bereitschaft zu solidarischen Transfers von West nach Ost zu erhalten. Sie sind auch Voraussetzung für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die in den östlichen Bundesländern bis auf weiteres unverzichtbar bleibt. Auch die Caritas ist gefordert, sich hier neuen gemeinwesenorientierten Ansätzen der Hilfe zu stellen.

## innovativ

### Wider die Kinderarmut

#### Mo.Ki – das Netzwerk Monheim für Kinder

**D**as Berliner Viertel der Stadt Monheim ist das, was man einen sozialen Brennpunkt nennt. Von der übrigen Stadt ein wenig isoliert, leben hier 11.000 Einwohner(innen). Der Ausländeranteil liegt bei 60 Prozent. Viele Bewohner(innen) verfügen nur über geringe Einkommen, jedes vierte Kind in den fünf Kindertagesstätten des Viertels lebt von der Sozialhilfe.

Um die negativen Folgen der familiären Armut zu vermeiden, hat sich 2002 das Netzwerk „Mo.Ki – Monheim für Kinder“ gegründet. Die Kinder sollen eine Zukunft haben. Deshalb baut Mo.Ki an einer Präventionskette von der Geburt bis zur Berufsausbildung. Dafür ziehen alle Sozialeinrichtungen nicht nur im Viertel, sondern in ganz Monheim an einem Strang. Das Projekt bezieht auch die Eltern ein. Deutschkurse, Schulungen und Workshops sollen die Kompetenzen von Vätern und Müttern stärken. Wider die Verinselung fördert Mo.Ki Nachbarschaftsprojekte.

*Dabei gestalten Erzieher(innen), Anwohner(innen), Eltern und Kinder Grünflächen und erneuern Spielplätze.*

*Als Ausgangspunkt von Mo.Ki dienen fünf der etwa 15 Kindertagesstätten. Obwohl sie verschiedenen Trägern angehören, koordinieren diese ihre Arbeit in einer gemeinsamen Leitungsrunde. Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Elternarbeit werden initiiert, Kompetenzen geteilt. Die Projekte stehen dann allen Eltern und Kindern offen.*

*Um die Eltern bei der Erziehung zu unterstützen, hat Mo.Ki außerdem das Projekt „Familie und Nachbarschaft“ (FUN) in Kooperation mit der Familienbildungsstätte ins Leben gerufen. Acht Mal in zwei Monaten verbringen die Eltern einen Nachmittag mit ihren Kindern in der Kita und spielen, essen, lernen gemeinsam und tauschen sich untereinander aus. Die Erfolge sprechen für Mo.Ki. Im Juni 2004 wurde dem Projekt der Deutsche Präventionspreis verliehen. Infos: Projektleiterin Inge Nowak, Tel. 02173/687514; [www.monheim.de/moki](http://www.monheim.de/moki).*

**Michael Netzhammer**

#### Caritas und Ein-Euro-Jobs

Ein Wort zu den Arbeitsgelegenheiten nach SGB II. Die verbandliche Caritas wird auch unter den Bedingungen von Hartz IV Hilfe leisten für arbeitslose Menschen, insbesondere für Menschen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen. Dies müssen wir in dem neuen gesetzlichen Rahmen leisten, einen anderen haben wir nicht. Bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen hierzu wirken wir aktiv mit. Ich bin froh, dass es in den letzten Monaten eine breite innerverbandliche Debatte hierzu gegeben hat. Die Bereitschaft der Caritas, Hilfen für Arbeitslose mit Vermittlungshemmnissen zu leisten, ist auch in der Öffentlichkeit stark wahrgenommen worden. Viele Orts-Caritasverbände, viele Einrichtungen haben bereits ganz konkrete Planungen und verhandeln mit den Arbeitsgemeinschaften vor Ort. Allerdings wird die Caritas solche Arbeitsgelegenheiten nur unter klar definierten Bedingungen anbieten:

- Arbeitsgelegenheiten sollen helfen, sie müssen also zur Qualifizierung des arbeitslosen Menschen beitragen, der diese Arbeitsgelegenheit innehat. Qualifizierung kann je nach Art der Vermittlungshemmnisse Unterschiedliches bedeuten.

Es gibt viele Arbeitslose, die zuerst eine Tagesstruktur zurückgewinnen müssen, bevor überhaupt eine reguläre Ausbildung oder eine Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt infrage kommt. Anderen fehlen spezifische Qualifikationen, Arbeitslose mit Migrationshintergrund brauchen häufig eine Sprachqualifizierung, die parallel zur Arbeitsgelegenheit angeboten werden muss. Es geht also um passgenaue Hilfen, die mit den Fallmanagern ausgehandelt werden müssen.

- Arbeitsgelegenheiten müssen zusätzliche Arbeit bieten; sie dürfen reguläre Beschäftigung nicht verdrängen. Hierauf zu achten ist auch Aufgabe von Beiräten bei den Arbeitsgemeinschaften, in denen die Wohlfahrtsverbände

bereit sind mitzuarbeiten. Auch unsere Mitarbeitervertretungen werden hierauf ein Auge werfen.

- Arbeitsgelegenheiten in sozialen Diensten und Einrichtungen sollten wir nur anbieten, wenn es vorab zu einer Vereinbarung zwischen dem Arbeitslosen und der Einrichtung kommt, so wie dies heute beim Zivildienst geschieht. Denn der Dienst in unseren Einrichtungen ist ein Dienst am Menschen, der eine eigenständige Motivation erfordert.

- Der Einsatz darf auf keinen Fall zulasten der Qualität gehen. Der Einsatz sollte auch für die Einrichtungen selbst nützlich sein, indem nützliche Arbeit verrichtet wird, die bisher nicht geleistet werden konnte.

Die verbandliche Caritas ist bereit, bei der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten mitzuwirken. Sie tut dies nicht vorrangig aus den Interessen ihrer Dienste und Einrichtungen, sondern aus einer arbeitsmarktpolitischen Verantwortung. Wer Arbeitsgelegenheiten

anbietet, geht damit gleichzeitig auch eine hohe Verpflichtung ein. Jeder Versuch, Arbeitsgelegenheiten in unserer schwierigen wirtschaftlichen Situation als Mittel des Ersatzes für reguläre Arbeit zu nutzen, wäre ein Missbrauch und würde dieses Instrument untergraben. Auch die Kostenträger könnten versucht sein, Arbeitsgelegenheiten als einen Grund zur Absenkung von Vergütungen zu nutzen. Aber ich bin sicher: Sollte es hier Versuche vonseiten der Kostenträger geben, dann haben wir gute Chancen, mit Unterstützung der Politik und auch der Bundesagentur für Arbeit diese Versuche abzuwehren. Denn es besteht ein hohes Interesse daran, dass die Wohlfahrtsverbände ihren Beitrag leisten, Perspektiven für Menschen ohne Arbeit zu schaffen.

Hartz IV kann nicht das Ende der Arbeitsmarktreform sein. Notwendig sind Anreize, die zu mehr Jobs für gering Qualifizierte im ersten Arbeitsmarkt führen. Vorstellbar wäre hier etwa ein Kombilohnmodell.<sup>2</sup> Jobs für ge-

Anzeige 1/2 Seite quer  
Bruderhilfe

ring Qualifizierte zu schaffen, die zwangsläufig im Niedriglohnbereich anzusiedeln sind, ist ein Gebot der Beteiligungsgerechtigkeit, sie durch Transfers so aufzustocken, dass ein Einkommen oberhalb der Sozialhilfe erreicht werden kann, ist ein Gebot der Verteilungsgerechtigkeit. Beide Prinzipien müssen verbunden werden, um die hohe Arbeitslosigkeit von gering Qualifizierten zu überwinden. Um etwaigen Befürchtungen vorzubeugen: Ich bin auch sicher, dass die Arbeitsgelegenheiten so gestaltet werden können, dass es nicht zu der hier und dort befürchteten Gefahr kommen wird, ehrenamtliche Arbeit zu verdrängen.

**Aufgaben für das Jahr 2005**

- Zum ersten Januar 2005 tritt Hartz IV in Kraft. Die verbandliche Caritas wird sich an konkreten Hilfen für arbeitslose Menschen mit dem Angebot von Arbeitsgelegenheiten beteiligen. Sie muss ihre Aktivitäten aus Eigeninteresse selbst gut begleiten und auswerten,

damit wir Gewissheit haben, dass wir unsere eigenen Kriterien – Qualifizierung, Zusätzlichkeit, Freiwilligkeit und Erhalt der Qualität in unseren Diensten – erfüllen.

- Die Fallmanager haben viel Macht bei der Beurteilung der Erwerbsfähigkeit und der Zuweisung in Arbeit. Hier ergibt sich ein neues Feld für anwaltschaftliches Engagement der Caritas vor Ort.
- Wir sollten uns vehement dafür einsetzen, dass die Zuverdienstmöglichkeiten für ALG II-Empfänger im ersten Arbeitsmarkt deutlich verbessert werden, damit Anreize entstehen, die Brücken zum ersten Arbeitsmarkt auch zu beschreiten (s. auch Seite 40)
- Wir sollten – und dafür dient auch unser Jahresthema – auf die Diskriminierung älterer Arbeitnehmer aufmerksam machen und hier auch die Beschäftigungspolitik unserer eigenen Dienste und Einrichtungen kritisch im Auge haben. Wenn notwendig, dürfen auch hier hemmende Regelungen in unse-

ren eigenen Arbeitsvertragsrichtlinien nicht unantastbar sein.

- Wir brauchen eine Bildungsinitiative, damit deutlich weniger Jugendliche als bisher bereits in der Schule scheitern.
- Und wir brauchen weitere Schritte der Reform, die dafür sorgen, dass dem Fördern auch ein Fördern folgt, dass insbesondere Jobs für gering Qualifizierte geschaffen werden, die heute nicht genügend Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.
- Und wir müssen das soziokulturelle Existenzminimum verteidigen, auch im Interesse derjenigen, die morgen arbeitslos werden können.

**Anmerkungen**

1. Siehe dazu auch BRÜNNER, Frank: *Die neue Grundsicherung für Arbeitsuchende*. In: *neue caritas* Heft 19/2004, S. 21ff. und SCHEIBE, Birgit: *Elternzeit bleibt Armutsrisiko*. In: *neue caritas* Heft 20/2004, S. 25ff.
2. Siehe dazu CREMER, Georg: *Kommentar*. In: *neue caritas* Heft 19/2004, S. 5.

Anzeige 1/2 Seite quer  
Logiway